

Datum: 16, 2010; Ressort: SALZLAND-KURIER; Seite: 1

Hartmut Wiest will Standort Staßfurt als eigenständige Gesellschaft

Arbeitsgruppe Klinik schaltet Landesverwaltungsamt ein

Die Nichteinbeziehung des Kreistages in die Zukunftspläne für die Kliniklandschaft im Salzlandkreis durch Landrat Ulrich Gerstner (SPD) wollen Staßfurts Oberbürgermeister René Zok (parteilos) und der Vorsitzende des Gesundheits- und Sozialausschusses des Kreistages, Ralf-Peter Schmidt (Die Linke) nicht kommentarlos hinnehmen. In der Sitzung der städtischen Klinik-Arbeitsgruppe Mittwochabend kündigten sie an, sich darüber beim Landesverwaltungsamt zu beschweren und die Behörde um eine Prüfung zu bitten.

Von René Kiel

Staßfurt. Die Stadt folgt damit dem Hinweis des von ihr eingeschalteten Braunschweiger Rechtsanwaltsbüros. Dessen Meinung zufolge verstößt das Vorgehen des Landrates, der das Klinikkonzept hinter verschlossenen Türen vom Aufsichtsrat der Salzlandklinik GmbH beschließen lassen hat und sich weigert, darüber öffentlich zu reden, gegen den Paragraphen 33 der Landkreisordnung. Danach könne der

Kreistag die Entscheidung über die Einschränkung oder Auflösung von kommunalen Einrichtungen und Unternehmen, wie zum Beispiel der inzwischen von Staßfurt nach Aschersleben verlegten Chirurgie, nicht auf andere übertragen. „Auf diesen Hinweis der Juristen werden wir uns konzentrieren“, sagte Zok.

Professor Dr. Michael Kausch, der im Auftrag der dienstlich verhinderten Landeschefin des Steuerzahlerbundes, Helga Elschner, zur Sitzung gekommen war, berichtete, dass seine Organisation den Landrat am 10. Juni um Auskunft zur Situation der Kliniken im Salzlandkreis gebeten habe. Gerstner habe jedoch bis heute nicht geantwortet. „Das empfinde ich als unhöflich“, sagte der Professor. Er bezeichnete es als „Armutzeugnis“, dass sich Gerstner nicht der Diskussion mit seinen Wählern stelle.

Es könne nicht sein, dass man im Salzlandkreis einen regelrechten Krankenhaustourismus veranstaltet.

Wenn die Krankenhausstandorte an den Rändern des Kreises bröckeln, könne man nicht nur diese aufputzen, son-

dern müsste das Zentrum (Staßfurt) stärken, fügte der Wirtschaftswissenschaftler hinzu. Für eine Bewertung der Angelegenheit, so Kausch, benötigt der Bund der Steuerzahler noch mehr Zahlen und Fakten.

Enttäuschung über den Landrat

Auf ein positives Echo stieß in der Arbeitsgruppe der Vorschlag von Stadtrat Hartmut Wiest (UWGn), die Klinikgesellschaft Aschersleben-Staßfurt wieder aufzuspalten und den Standort Staßfurt als eigenständige Gesellschaft zu führen. „Damit besteht die Möglichkeit, bei uns weitere Chefarztstellen einzurichten“, so Wiest. Darüber hinaus schwebt ihm vor, die Klinik-Holding so umzubauen, dass sie die technische und kaufmännische Verwaltung der vier Klinikstandorte übernimmt. An deren Spitze sollte ein ärztlicher und ein kaufmännischer Direktor stehen, die von außerhalb eingestellt werden sollten. „Im Moment“, so Wiest, „haben wir im Kreis ja alles drei-

fach.“ Die Holding nutze derzeit keine Synergieeffekte.

„Das ist ein guter Vorschlag“, meinten Klaus Magenheimer (Die Linke), Heinz-Jürgen Czerwienski (CDU-Fraktion) und Corinthus Schobes (Unabhängige Bürgervertretung Staßfurt). Letzterer meinte allerdings, das funktioniere nur, wenn man sich im Kreistag, der das beschließen müsste, Verbündete suche.

Zustimmung fand auch die Überlegung, sich für eine Abwahl des Landrates zu engagieren. „Es muss ein Signal gesetzt werden“, sagte Brigitte Köplin vom Stadtseniorenbeirat unter Hinweis auf gleichlautende Forderungen, die bei der Protestdemo vor dem Krankenhaus am 26. Mai laut wurden. Gerstner habe die Bürger des Altkreises Staßfurt nicht nur maßlos enttäuscht, sondern betreibe eine Verschlechterung ihrer Lebensverhältnisse.

Zudem verlangt die Arbeitsgruppe von der Klinik-Geschäftsführung in Aschersleben detaillierte Auskunft, was die Patienten aus dem Altkreis Staßfurt, die um einen chirurgischen Eingriff nicht umhin kommen, beachten müssen.